



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

443 (26.9.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205634](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205634)



### Zu den Gehaltsforderungen der Mannheimer Angestellten.

Die in No. 440 unseres Blattes veröffentlichte Zuschrift, die uns von beachtenswerter Seite zugegangen ist, hat in Angestelltenkreisen lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Wir geben in folgendem einigen grundsätzlichen und sachlichen Ausführungen in dieser Angelegenheit Raum:

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verein schreibt uns:

Der Anonymus, der im gestrigen Mittagsblatt sich zum Kritiker der Angestellten-Gewerkschaften aufwirft, legt in seinen Ausführungen eine erstaunliche Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse an den Tag. Es ist sicher nicht zuviel verlangt, wenn ihm zunächst nahegelegt wird, sich doch erst einmal über die Gründe für die Forderungen der Angestellten zu unterrichten, ehe er in der Öffentlichkeit recht mit Ueberhebung von unernstlichen Forderungen, die das gute Einvernehmen trüben sollen, redet.

Die Forderungen der Angestellten basieren auf der Tatsache, daß die Arbeitgeber in Mannheim ihren Arbeitern Stundenlöhne bewilligt haben, womit sie die Angestellten in ihren Gehaltsbegehren weit überlegen. Es liegt uns durchaus fern, die Tarife der Arbeiter etwa zu hoch zu finden, aber wenn der 21jährige ungelernete Arbeiter in der chemischen Industrie pro Stunde 81,45 (monatlich also 16 640 Mark), in der Metallindustrie pro Stunde 80 Mark (monatlich also 16 000 Mark) verdient, dann müßte die Erhöhung der Angestelltengehälter zum Teil über 200 Prozent betragen, um einen Ausgleich herbeizuführen. Von den Gehältern der hochwertigen Angestellten ganz zu schweigen. Wenn trotzdem nur im Durchschnitt 140 Proz. verlangt wurden, zeigt das noch von erstaunlicher Bescheidenheit der Angestellten. Mit einer Angleichung der Angestellten-Gehälter an den Dollarkurs können wir gern einverstanden sein, nur müssen wir die vollständige Heranziehung des 1. Januar ablehnen. Das wäre nur dann zulässig, wenn die Gehälter am 1. Januar mit dem Stand des Dollars im Einklang gestanden hätten. Der Dollar, der 1914 4,20 Mark kostete, steht heute (Durchschnitt September) auf 1400 Mark, hat also eine Steigerung von 325 Proz. durchgemacht. Würden die Angestelltengehälter nach ihm geregelt, dann müßten auf 100 Mark Monatsgehalt damals heute 32 500 Mark gezahlt werden. Der Herr Kritiker hat also arg daneben gebaut. Die Angestellten haben noch immer auf gutes Einvernehmen mit den Arbeitgebern Wert gelegt, ob das aber gefördert wird, wenn man von ihnen verlangt, daß sie sich mit geringeren Einkommen abfinden, als sie den Handarbeitern gegeben werden, das zu beurteilen, überlassen wir der Öffentlichkeit.

Der Betriebsrat einer großen hiesigen Firma schreibt u. a.: „Den Verleser des Artikels möchten wir einmal fragen, wer ihm sagt, daß die Gehälter der Angestellten im Januar, weil er gerade auf den Januar abhebt, genügend waren und zu der tatsächlichen Verteuerung in gerechtem Verhältnis standen. Warum nimmt der Artikelschreiber gerade den Januar, viel richtiger könnte er doch den Friedensstand des Dollars annehmen, der 4,20 betrug und, nachdem er inzwischen sogar bis auf 2400 gestiegen war, jetzt auf 1400 steht. Eine Steigerung von 4,20 auf den heutigen Stand von 1400 = ca. das 340fache. Jetzt möchten wir den Artikelschreiber einmal fragen, welcher Angestellte auch nur das Annähernde des 340fachen Betrages des Friedensstandes nicht durch solche Artikel, die den tatsächlichen Verhältnissen Hohn sprechen, verdient.“

Ein Angestellter schreibt u. a.: „Die Devisenminderung als Maßstab für die Gehaltszahlung zu nehmen, wäre sehr einfach und schlecht auch gut, wenn diese Berechnung richtig wäre. Der Dollar stand im Januar auf 200 Mark, im August auf 2000 Mark im Durchschnitt, also hätten die Angestellten im August mindestens das 10fache des Januargehältes haben müssen. Warum hat der Einzelne seinen Fortschritt nicht gebracht im vorigen Monat, als der Dollar sehr hoch stand? Eine weitere Frage: Können die Lebensmittel, die Kleidung usw. heute auch nur das Nache der Januarpreise? Und waren nicht schon im Januar die Warenpreise bedeutend höher gestiegen als die Gehälter? Wenn die Theorie des Einzelnen richtig wäre, dann müßten die Angestellten im August das 10fache des Januargehältes erhalten; sollen sie die Differenz nachbezahlt erhalten? Unter dieser Bedingung könnte man es denn, den Dollarkurs als maßgebend anerkennen und dann sich für September mit dem Nache einverstanden erklären. Voraussetzung aber wäre immer noch, daß auch die Preise sämtlicher Bedürfnisse sich nach dem Dollarkurs richten! Alle Waren müßten also heute ungefähr ein Drittel der Augustpreise kosten, sonst noch mehr zu kosten als im August. Es gäbe hier eine viel profitablere und einfachere Basis für die Gehaltsberechnung. Die Industriefirmen sollten ihren Angestellten genau dieselben Zuschläge auf die Friedensgehälter geben, welche sie auf die Friedenspreise ihrer Erzeugnisse aufschlagen. Das wäre ohne monatlichen Kurs der Schlichtungsausschüsse möglich, und es läßt sich dann keinen unzufriedenen Angestellten mehr.“

### Städtische Nachrichten.

#### Ohne Strom und Kraft.

Unverantwortlicher Zustand der Heizer des städtischen Elektrizitätswerkes.

Der Zustand der Heizer des Elektrizitätswerkes am Tage der Einweihung des neuen städtischen Krankenhauses am 8. Juli steht noch in lebhafter Erinnerung. Wie damals, so hat auch heute vormittag um 11 Uhr dieselbe Arbeiterkategorie zum Nachteil der Stadt und der umliegenden Industrie plötzlich die Arbeit niedergelassen und gestreikt. Damit hat die Untertragung von Hochspannung Strom angeschlossen, deren Beilegung im Interesse der Stadt wie deren Bevölkerung ein dringendes Gebot der Stunde ist. Der zweiwöchige Zustand der Heizer des Elektrizitätswerkes hat jeglichen Geschäftsverkehr der Stadt lahmgelegt. Nicht nur die Elektrische war zur Einstellung ihres Betriebes gezwungen, sondern auch diejenigen Firmen, die vom Elektrizitätswerk mit Strom versorgt werden, und deren Zahl ist recht bedeutend. Da auch die Stromzufuhr zum Ruggewerk von den Arbeitern abgelehnt wurde, so war die Stadt während zweier Stunden ohne elektrischen Strom. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn sich in den Kreisen der hiesigen Bürgerschaft ein immer stärkerer Unwille und eine immer größer werdende Erregung über solche Arbeiter bemerkbar macht, die in rücksichtsloser, selbstschädlicher Weise die ganze Stadt lahmlegen. Es sei hervorgehoben, daß die Stadtverwaltung sich nach jeder Zeit zu Verhandlungen bereit zeigte. Deshalb sind wir überzeugt, daß auch bei diesen Lohnverhandlungen noch ein beide Teile befriedigendes Mittelweg sich hätte finden lassen, um den Zustand zu verbessern. Aber die radikalsten Elemente unter den Heizern wollten den Zustand.

Wie haben schon wiederholt darauf verwiesen, daß die städtischen Wägen und Abgaben bereits eine solche Höhe erreicht haben, daß sie von der Bürgerschaft ohne deren Existenzgefährdung nicht mehr getragen werden können. Kommen nun noch solche wirtschaftliche Erschütterungen, wie sie der zweiwöchige Zustand der Heizer verursacht, so ist die Erbitterung um weitere Vorkäuflichkeiten über diesen Zustand nur zu leicht zu verstehen. Es ist ein zu kritisches Spiel, das die Heizer mit diesem Streik treiben, womit sie sich den letzten Rest von Sympathie verschmerzen. Durch den Streik wird auch in der Herausgabe des städtischen Reisegeldes eine recht erhebliche Verzögerung verursacht. Die Klagen über die Geldknappheit werden in unserer Stadt von Tag zu Tag lauter und dringlicher. Wenn daher am Jahrestag die nötigen Geldmittel nicht zur Verfügung stehen, so liegt die Ursache hierfür nicht zuletzt in diesem verantwortlichen Streik der Heizer, der die rechtzeitige Herstellung des Reisegeldes zur Unmöglichkeit machte.

Durch den Streik verzögerte sich auch die Herausgabe unseres Mittagsblattes. Als der Strom nach ein halb 1 Uhr wieder kam, war das Blei in den Kesseln der Dampfmaschinen und im Siedepfeifen erstarrt und die Trägerinnen bereits wieder nach Hause geschickt. Wir bringen daher die beiden heutigen Ausgaben zusammen zur Verteilung.

### Betrachtungen zur gestrigen Bürgerausschuss-Sitzung.

Es kam gestern so, wie erwartet werden mußte: der Bürgerausschuss konnte nur die Tagesordnung erledigen, die der Vorschlagskommission vorangestellt worden war. Umso reichlicher werden sich heute die Stadtratsarbeiten zeigen, zumal beschlossen worden ist, auf die Generaldebatte zu verzichten und sofort in die Spezialberatung einzutreten. Nach dem gestrigen Vorspiel muß man dabei auf scharfe Auseinandersetzungen gefaßt sein. Die Gemeindevorstände sind in den nächsten Wochen fast. Da ist es klar, daß sich die Stimmung des Kollegiums unwillkürlich darauf einstellt, daß den Ausführungen beiderseits gegenüber von gegenseitiger Seite eine Auslegung gegeben wird, die der Redner nicht beabsichtigt. So ist es bereits gestern dem deutschnationalen Stadtrat Verrey ergangen, der sofort Angriffen ausgesetzt war, als er die durchaus berechtigte Bemerkung machte, daß er die vorgeschlagenen Gehaltserhöhungen vor seinen Wählern nicht mehr verantworten könne. Das können die anderen Parteien übrigens auch nicht. Aber nur noch die Deutschliberalen und das Zentrum haben den Mut gehabt, dies zuzugeben, wenn auch in anderer Form. Diese beiden Parteien zogen auch die Konsequenzen bei der Abstimmung: sie lehnten die ihnen zugewiesene erneute enorme finanzielle Belastung der Bürgerschaft ab.

Die Sitzung begann mit einer Ehrung des Oberbürgermeisters. Als erster Bürgermeister Ritter betonte, daß Herr Dr. Ruge mit 90 von 93 abgegebenen Stimmen auf 9 Jahre zum Oberbürgermeister wiedergewählt sei, da wies dieses glänzende Vertrauensvotum laute Beifallsäußerungen, die sich wiederholten, als Herr Ritter und Herr Jhrig, der stellvertretende Obmann des Stadtratsvorstandes, mit bemerkenswerter Wärme und Herzlichkeit ihre Glückwünsche zum Ausdruck brachten. Man konnte vor allem den Ausführungen des Herrn Jhrig entnehmen, daß das Kollegium die Wirksamkeit des Oberbürgermeisters durchaus objektiv abzumessen weiß. Aus den Dankworten des städtischen Stadtoberhauptes ging hervor, daß er sich in vollem Maße der Schwere seiner Aufgaben in der neuen Amtsperiode bewußt ist. Mit besorgtem Nachdruck ermahnte er auf die Ausführungen, die Herr Dr. Ruge über die Industrie machte. Wenn er am Vertrauen hat, so wird die Mannheimer Industrie ihm dieses Vertrauen nicht verweigern. Aber die Voraussetzungen für dieses Vertrauensvotum müssen vorhanden sein. Hier scheint manches verkannt worden zu sein. Es sollte uns mit der gesamten Bürgerschaft freuen, wenn sich zwischen Stadtratsmitgliedern und Industrie ein wirkliches Vertrauensverhältnis herausbildet, das uns in den kommenden schweren Wochen und Monaten bitter not ist. Alle Stände und Berufe, alle Berufsstände sollten ihre gegenseitigen Pflichten zurückschicken, um dem einen großen Ziel: einträchtiges Zusammenwirken zum Wohle der Gesamtheit und damit eines jeden Einzelnen.

Den vom Oberbürgermeister mündlich vorgelegten Beschlüssen des gemischten beschließenden Ausschusses war u. a. zu entnehmen, daß eine Reihe von Gehältern von neuem erhöht werden müssen. So werden die Eintrittspreise für das Nationaltheater bei der Oper um 140 und beim Schauspiel um 65 bis 110 Proz. gesteigert. Bei der Vorschlagsberatung wird man jedenfalls sich eingehender darüber unterhalten, ob die Gehaltserhöhungen trotz dieser neuen Erhöhungen in ihrem jetzigen Bestande durchzuführen werden kann. Die Ausschüsse scheinen sehr trübe zu sein. Weiter hörte man, daß zur Durchführung der dringend notwendigen Schuldenreparatur 1 Mill. Mark für das kommende Winterhalbjahr zur Verfügung gestellt werden und daß ein Kapitalstock von 25 000 Mark für diejenige beschafft wird, die nicht imstande sind, sich einzulösen. Sehr in die Länge zog sich, wie zu erwarten war, die Aussprache über die vom gemischten beschließenden Ausschuss an den Bürgerausschuss verwiesenen Gehaltserhöhungen. Hier gestaltete sich die Stellungnahme der einzelnen Parteien recht interessant. Die deutschnationale Fraktion lehnte konsequenterweise sämtliche Erhöhungen ab. Nicht aus purer Opposition, nicht aus maßlosigen Gründen, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß die Bürgerausschüsse gegebenenfalls in keiner Weise erkennen lassen, ob die vorgeschlagenen Höhe der Gehälter gerechtfertigt ist, ob man denselben Berechnungen, die immer schwerer, ja geradezu verwerflich am ihr Ergebnis zu ringen haben, nicht noch mehr Entgegenkommen hätte zuweisen können. Sta. Ruge hat mit viel Geschick und Ueberzeugungskraft den Standpunkt seiner Fraktion vertreten, daß bei einer so unübersichtlichen Geschäftsbearbeitung die Verantwortung für neue Belastungen der Verbraucher abgelehnt werden muß. Herr Ruge betonte dabei mit besonderem Nachdruck, daß ihm jede persönliche Spitze fernliege. Nur das System solle und müsse bekämpft werden. Der Herr Oberbürgermeister mußte selbst zugeben, daß man bei allen Unterlagen auf Schäden angewiesen ist, weil z. B. heute noch nicht der Abschlag der Wasser-, Gas- und Elektrizitätspreise für das zweite Quartal vorgelegt werden kann, obwohl wir in den letzten Septemberberichten lesen.

Die deutschnationale Fraktion hatte für die Festlegung der Kanal-, Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren folgenden Antrag eingebracht: Der Bürgerausschuss solle beschließen, den Stadtrat zu ersuchen, eine andere gerechtere Verteilung der Lasten für Kanal-, Straßenreinigung, Müllabfuhr und Wasser, als die bisher üblichen prozentualen Zuschläge zur Wiege vorzunehmen, da der Mittelstand diese Lasten nicht mehr tragen kann. Es kommt in Frage eine Verteilung nach dem Einkommen, oder wenn dies nicht angängig ist, nach der Kopfzahl, oder eine sonstige vom Stadtrat zu bestimmende Form.“ Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters stehen der Einführung einer anderen Erhebungsart gewisse Bestimmungen im Wege. Aber das ist kein Grund, eine gerechtere Verteilung der Lasten von vornherein als ausgeschlossen zu bezeichnen. Der Staat muß eben davon überzeugt werden, daß die jetzige Lastenverteilung unzulässig ist. Vom Zentrum, das ebenfalls eine scharfe Oppositionsstellung einnahm, war folgender Antrag eingebracht: „Die Gebühren sind in der jetzigen Höhe festzusetzen, die erforderlich ist, die Selbstkosten der Werke zu decken.“ Sta. Ruge betonte, daß die Erörterung der Wasserpreisfrage, daß der Bürgerausschuss kein Bild von der wirtschaftlichen Struktur der städtischen Werke erhalte. Auch an der Höhe der Abhebungen nahm der Redner Anstoß. Es handelte sich bei dem städtischen Betrag der Friedensabrechnungen nicht mehr um Abschreibungen, sondern um Rücklagen, die in dieser Höhe nicht verantwortet werden könnten. Auch eine Grundbilanz, aus der genau auf die Finanzlage der Werke geschlossen werden könne, müsse verlangt werden. Seine Fraktion lehnte die Festlegung der Werke zu einer indirekten Steuerquelle ab. Das Verhältnis der Gesamtheit zum Einzelnen müsse genau abgemessen werden. So kann nicht weitergehend. Damit schloß der Vorsitzende der Zentrumsfraktion seine beachtenswerten Ausführungen.

Die Sozialisten hatten gegenüber dieser Opposition keinen leichten Stand. Ein neuer Antrag des Stadtrats, die Kanalgebühren auf 4 bzw. 30 Proz. der Rohwasserpreise festzusetzen, ging ihnen nun doch zu weit. Sie lehnten ihn mit dem übrigen Kollegium ab, deswilligen dafür aber sämtliche anderen städtischen Anträge. Sta. Dreifisch wandte sich mit großer Schärfe gegen die Kohlenklause, von der selbst der Oberbürgermeister nicht zu wissen scheint, in welche Bestandteile sie zerfällt. Herr Dr. Ruge hat daraufhin versucht, das Wesen dieser Lastenverteilung zu definieren, ohne dabei viel mehr Klarheit als bisher in diese Verwirrung zu bringen. Herr Dreifisch bekannte sich als Gegner der Kohlenklause und forderte, was er schon wiederholt getan hat, eine gute Wirtschaftsführung der städtischen Werke. Wenn er feststellte, daß keine Fraktion für die Gehaltserhöhungen stimme, damit an den sozialen und kulturellen Bedürfnissen keine Abstriche vorgenommen werden müssen, so hat er damit zugegeben, daß seine Parteifreunde mit dem gegenwärtigen Lebensverhältnis der städtischen Werke einverstanden sind. Sta. Dreifisch trennte die Ringe mit dem kommunistischen Stadtrat Kuhlén, der den Sozialdemokraten vorgehalten hatte, daß sie keine Arbeitervertreter seien, wenn sie diese Gehaltserhöhungen bewilligen würden. Da er sich wieder auf das allgemeine politische Gebiet verlor und dabei seine kommunistischen Abenteurer an den Mann zu bringen suchte, konnte er von Herrn Ged leicht abgeregelt werden. Gest um 11 Uhr vertagte sich das Haus auf heute nachmittags 4 Uhr.

Der Verbot der Verfüllung von Brotgetreide. Es wird nochmals auf das in § 44 des Gesetzes über die Regelung des Brotgetreides mit Getreide aus der Ernte 1922 vom 4. Juli 1922 festgesetzte Verbot der Verfüllung von Brotgetreide und Mehl aus Brotgetreide, sowie der Verfertigung von Futtermitteln daraus einseitig hingewiesen. Die unwillkürlich unzulässige Brotgetreideverfüllung gegenüber dem Verbot ist es doppelt angezeigt, diesem Verfüllungsverbot allen Nachdruck in der Durchführung zu geben. Die Kommunalverbände wurden daher angewiesen, in weitestem Maße das Verfüllungsverbot der Landwirtschaft wieder in Erinnerung zu bringen und bei Zuwiderhandlungen mit Nachdruck durchzugreifen.

Ph. Schwoyer Einbruchdiebstahl. In der Nacht zum 20. September wurden aus einem Hause in der Augustanlage folgende Sachen durch Einbruch entwendet: 3 blaue Sacconanzüge, 1 Smock, 1 Kutymantel mit gestreifter Hose, ein schwarzgrauer Mantel, 2 graue Alltagskleider, 1 gelblicher Herrenhemmerock, 6 Paar schwarze Herrenschuhstücke, 1 Paar gelbe Damenhalbschuhe, Herrenschuhstücke mit feinen Manchetten, 2 Zephyrbomben ohne Manchetten, 2 Herrenschuhstücke, 4 Paar weisse schwarze Strümpfe, 1 schwarze neue Kinderhose, 1 gelber Robrplattenkoffer, 6 Stück silberne Kaffeelöffel aus Holz, 12 Stück silberne Kaffeelöffel ohne Zeichen, 12 silberne Gabeln ohne Zeichen, 12 silberne Gabeln mit Zeichen, 1 silberner Kinderlöffel aus Holz, 1 silberner Beistahl mit Kammogramm W. R., 1 goldener Anhänger mit Kette (Angehänger mit Kette und Brillantsteinen besetzt), 1 silberner Anhänger mit Kette (Angehänger ist mit der Kette verbunden und der Anhänger mit Steinchen besetzt), 1 silberne Schlangenhalskette, 1 goldene Herrenuhr ohne Sprungedel mit goldener Kette, 1 goldene Herrenuhr, im Beutel aus W. R., 1 goldene Damenuhrente mit 3 kleinen Steinchen auf dem Schieber, 1 goldene Herrenuhrente mit dünnen kleinen Steinchen, 1 goldener Armband mit 3 großen und vier kleineren kleinen Brillanten, 2 goldene Krammelnadeln (Schneedenkel mit Kette in der Mitte), 2 goldene Herrenuhrente mit einzelnen goldenen Steinchen, 4 silberne Garmittelteller ohne Zeichen, 1 goldener Silberbehalter, Marie Perles, 12 Porzellanbehalter ohne Zeichen, Silber mit goldenem Mundstück, 1 kleiner Browning, 1 eisernes Kreuz 1. Klasse, 2 eiserne Kreuze 2. Klasse, 1 Jährlicher Löwenorden 2. Klasse, ferner 2000 Mark Bargeld in verschiedenen Scheinen. Ferner wurden folgende Aktien gestohlen: 1 Wandbrief über 2000 Mark der Frankfurter Hypothekendarlehen Serie 17 St. H. No. 124 058, Aktien der Distriktsbankgesellschaft Berlin über 3400 Mark, No. 28 503, 41 229, 201 567, 301 885 und 600 573, Aktien der Deutschen Bank Berlin über 5600 Mark, No. 349 002, 130 776 und 130 776, Aktien der Erdwerke normals Reiter Curtius Brünning über 2000 Mark, No. 132 711 u. 132 710, Aktien der Firma Brown, Voerer u. Cie. Mannheim über 1000 Mark, No. 67 953, Aktien der Bank für Handel und Industrie Darmstadt über 2000 Mark, No. 150 757 und 150 758, Deutsche Reichsanleihe (Reichsanleihe) St. C. über 12 000 Mark, No. 116 498/229/40, Aktien C. K. Karr u. G. Heilbronn über 2000 Mark, No. 27 734 und 27 735, Aktien der Badischen Gesellschaft für Zuckerfabrikation Mannheim über 2000 Mark, No. 2200 und 21 427. Für die Beibringung der gestohlenen Sachen ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

### Veranstaltungen.

„Die Wunder der Sternwelt“. Über dieses Thema wird am Montag nächster Woche Oberstadtschulrat Hermann Bagische aus Heidelberg, der schon früher hier über dieses Thema sprach, einen inhaltlich neuen Vortrag halten und dabei besonders das Wesen und Vergehen der Welten darlegen. Auch dieser neue Vortrag bringt als Bildbeilage wieder die einjährigigen Himmelsphotographien des Direktors der weltberühmten Königstuhlstation in Heidelberg, Professor Max Wolf.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten berichtet heute abend im oberen Redenzimmer des „Witten Mann“ über das Ergebnis der Leasingungs-Verhandlungen. Näheres siehe Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Mannheimer Mutterhaus. In den nächsten Sprechstunden des Mannheimer Mutterhauses werden von 10 bis vor mittags von 10-12 Uhr (N. 2. 4. Jugenbau, Zimmer 3) Kunst und Art erstellt an werbende und hübsche Plakate, Säuglinge und größere Kinder werden von dort in geeigneten geeigneten Plakaten untergebracht. Persönliche Wünsche finden dabei soweit als möglich Berücksichtigung. Familien, die ein Kind in Pflege nehmen oder adoptieren wollen, sollen sich ebenfalls in der Sprechstunde melden. Näheres siehe Inserat in vorliegender Ausgabe.

### Wetterdienstnachrichten.

#### der badischen Landeswetterstelle in Karlsruhe.

Veränderungen badischer Wetterstellen (7<sup>te</sup> morgenst.)

Wetterst.	Bar.	Therm.	Wind.	Wolke.	Wind.	Wolke.	Wind.	Wolke.	Wind.	Wolke.
Mannheim	—	—	8	17	7	NW	leicht	bed.	0	—
Karlsruhe	—	—	8	10	7	O	mäßig	bed.	2	—
Baden-Baden	—	—	11	17	11	O	leicht	bed.	0	—
Willingen	—	—	9	14	4	W	leicht	bed.	0,5	—
Heidelberg	—	—	6	10	4	SW	leicht	bed.	0,5	—
St. Blasien	—	—	10	17	12	SW	leicht	bed.	0	—

### Allgemeine Witterungsübersicht.

Der Sturmwind über dem Ozean hat sich noch vertieft, aber nur wenig dem Festland genähert. Da gleichzeitig das vom Eisener Europa rührende Hochdruckgebiet sich verlagert hat, dauert in Deutschland das trockene, heitere bis wolkige Wetter an. Der Einfluss des Tiefdruckgebirgs hat sich nur wenig spürbar ausgedehnt, jedoch wesentliche Niederschläge nicht zu erwarten sind. Infolge stärkerer südlicher Luftströmungen werden die Temperaturen etwas steigen.

Voraussichtliche Witterung für Mittwoch bis 12 Uhr nachts: Wolkig und vielfach dunstig, keine erheblichen Niederschläge, etwas wärmer, lebhaftere südliche Winde.



Hühneraugen und harte Haut beseitigt. Wollen Sie Ihre Hühneraugen, Ihre Hornhaut oder Ihre Schwielen wirklich schnell und sicher, dabei aber absolut schmerzlos und gefahrlos beseitigen, dann kaufen Sie in der nächsten besten Drogerie oder Apotheke das in vielen Millionen Fällen bewährte, erprobte, bewährte Kuhlrool. Eine Schachtel kostet nur 25 Pfennige. Lassen Sie sich aber nicht anders als „auch sehr gut“ zufrieden, denn es gibt nicht ohne Weiteres bessere, bekommen Sie das millionenmal bewährte Kuhlrool in einem Geschäft nicht, dann gehen Sie in das nächste.

### Fußpflege, Fußpflege

Das ist, was heute jedem Menschen not ist. Das dauernde Gehen und Stehen nimmt die Füße fürchterlich mit. Können Sie sich heute noch heute in der nächsten Apotheke oder Drogerie ein Paket Kuhlrool-Fußbad für 25 Pfennige kaufen und geschmeidig, beseitigt das langjährige Brennen der Füße und verhindert Fußschwielen und Wundstellen. Bestehen Sie noch heute die Fußpflege und Ihre interessanten Füße. Die richtige Fußpflege. Die Zubereitung erfolgt kostenlos und portofrei durch die

Kuhlrool-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg



